Die Schweiz - eine alternde Volkswirtschaft?: zwölf Thesen über mögliche Altersprobleme unseres sozio-ökonomischen Systems in den achtziger Jahren

Autor(en): **Borner, Silvio**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **98 (1980)**

Heft 21

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-74116

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Schweiz – eine alternde Volkswirtschaft?

Zwölf Thesen über mögliche Altersprobleme unseres sozio-ökonomischen Systems in den achtziger Jahren.

Von Silvio Borner, Basel*

Die 12 Thesen zum Alterungs-Syndrom der schweizerischen Volkswirtschaft

1. Die alte internationale Arbeitsteilung wird durch eine neue abgelöst.

2. Das Zeitalter der Dominanz der Industrie geht bei uns zu Ende.

3. Wir verzehren Substanz, ohne es zu merken bzw. ohne genügend dagegen zu unternehmen.

4. Der Industrie droht die technische Überalterung und ein Verlust an Innovationsfähigkeit.

5. Soziale und politische Widerstände erhöhen die Gefahr einer technologisch-innovatorischen Ermüdung.

6. Das gesellschaftliche Image des Unternehmers ist am Verblassen, während seine soziale und politische Verantwortung steigt.

7. Die schweizerische Volkswirtschaft sieht sich mit zunehmenden Alterslasten konfrontiert.

8. Die traditionelle Wohlstandssteigerung bringt geringere Zuwächse an Zufriedenheit und Lebensglück.

9. Die Zielsetzungen und Einstellungen werden durch eine Altersmentalität des Erhaltens und Bewahrens geprägt.

10. Die Grundprinzipien der Demokratie und der Marktwirtschaft weisen progressive Abnützungsschäden auf.

11. Die Institutionen der gesellschaftlichen Lenkung leiden an Gelenk-Arthrose.

12. Wir leiden unter den Folgen von Politikversagen.

* Vortrag, gehalten anlässlich der vierten «Engelberger Tagung» am 24. und 25. Januar 1980 zum Thema «Bauwirtschaft heute und morgen», veranstaltet von der SIA-Fachgruppe für industrielles Bauen. Der Text wurde vom Autor überarbeitet.

Einleitende Gedanken zur Metapher der «alternden Volkswirtschaft»

Der Anbruch einer neuen Dekade bringt Prognostiker jeglicher Schattierung wieder ins Geschäft, trotz aller Entäuschung über die zumeist bösen Überraschungen der 70er Jahre und der noch gesteigerten Unsicherheit über die Zukunft. Die meisten Ausblicke in diese Zukunft teilen mit Heilkräutern die zweifelhafte Eigenschaft, dass sie zugleich wenig nützen und schaden. Dies rührt daher, dass Prognosekonsumenten sich für isolierte Ereignisse und Einzeltrends interessieren und unter einem eklatanten Mangel an Phantasie bei diesbezüglichen Überraschungen leiden. Wen wunderts, dass man im Informationsüberfluss zu ersticken droht, dass wiedersprüchliche Zahlen und verwirrende Prognosen die Desorientierung noch vergrössern und dass Hausierer mit geheimnisvollen Patentrezepten so erfolgreich sind? Dabei brauchen wir ein Wissen ganz anderer Art: nämlich Wissen über die Funktionsweise komplexer Systeme, Wissen über die Interdependenzstrukturen langer und verzwickter Kausalketten und nicht zuletzt kreative Vorstellungskraft zur schöpferischen Verknüpfung von vorher separat erfassten und analysierten Phänomenen. Dazu ein Beispiel aus der Physik: Faradays geniale Leistung bestand letztlich darin, die Elektrizität und den Magnetismus als verwandte Phänomene zu betrachten, um sie in einem umfassenden theoretischen Bezugsrahmen zu erklären. Wenn wir lernen wollen, müssen wir unsere restriktiven Denkschemen aufbrechen, unsere geschlossenen Wirtschaftsmodelle für politische, soziale und technische Einflüsse öffnen, anstatt unsere Fachperspektiven noch mehr im Namen einer sterilen Spezialisierung zu verengen. Leider wird das mehr gefordert als gefördert. Tun wir das nicht, so bekommen wir so eine Einengung der Fragestellungen. Statt mit relevanten Einsichten über Zusammenhänge beschäftigen wir uns mit formallogischen Fingerübungen, und statt eine politische Diskussion zu führen, klammern wir uns an dogmatische Handlungsregeln und «starke Prinzipien» – meist implizit ergänzt durch den Wunsch nach «stärkeren Männern».

Ich muss das alles deshalb erwähnen, weil uns in allererster Linie *das* den Weg zu besserer Einsicht und differenzierterem Handeln im Hinblick auf die Zukunft versperrt. Ich denke z. B. an die angebliche wissenschaftliche Phrase, die Inflation sei jederzeit und überall ein monetäres Phänomen, und die Kontrolle der Geldmenge sei jederzeit und überall eine notwendige und hinreichende Bedingung für die Inflationsvermeidung. Ich denke auch an die plötzlich wieder moderne Erklärung jeglicher Arbeitslosigkeit als die Folge zu hoher Löhne bzw. zu hoher Arbeitslosengelder. Diese Sätze sind entweder Trivialitäten oder – und das ist leider weit häufiger der Fall – ungeheuerliche Verzerrungen der wahren Problemstrukturen. Der Weg der nützlichen Problemanalyse beginnt somit bei einer kreativen, entwicklungsfähigen Metapher. Diese ermöglicht neue gedankliche Verknüpfungen über die alten Grenzen der Wahrnehmung, der Analyse und Prognose hinweg. Das Bild der alternden Volkswirtschaft ist eine derartige, möglicherweise fruchtbare Metapher. Ähnlich wie der Mediziner gehen wir somit von einem ganzheitlich umschriebenen Syndrom aus. Dies heisst, dass wir uns somit nicht der Reihe nach mit den Kopfschmerzen, dem Bauchweh, der Gicht in der linken Zehe, den Verrenkungen oder den Depressionen unseres sozialen Systems befassen, sondern vielmehr übergreifende funktionale Störungen, Schwächen oder Abnützungserscheinungen zum Ausgangspunkt nehmen – in der Hoffnung, dass sich dadurch so verschiedene Leiden wie Inflation, strukturelle Arbeitslosigkeit, Produktionsverlagerung, Neuerungswiderstand, politische Innovationsunlust als miteinander verknüpfte Elemente und Aspekte desselben Syndroms behandeln lassen. Der Vergleich zwischen dem Älterwerden des Menschen und seiner Gesellschaft hinkt sehr stark: Die Gesellschaft steht nicht vor dem unausweichlichen Ende –

es sei denn, sie führe das absichtlich oder unabsichtlich selber herbei. Was sich aber in einer alternden Gesellschaft ähnlich wie beim Einzelnen abspielt, ist die altersbedingte Veränderung der Ziele, Werte, Möglichkeiten und Restriktionen, die die Art des Weitermachens und Weiterlebens im reifen Alter bestimmt.

Die 12 Thesen

1. Die alte internationale Arbeitsteilung wird durch eine neue abgelöst

Die herkömmliche internationale Arbeitsteilung beruhte einerseits auf dem Wachstum der interindustriellen Verflechtung innerhalb der Industrieländer und andererseits auf dem Austausch von Industriegütern gegen Rohstoffe zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.
Die Industrialisierung der Entwicklungsländer ist in vollem Gange. Eine erste Generation von sog. Schwellenländern hat bereits eine erstaunliche Produktionsverlagerung in Gang gesetzt, zum einen in Form der Importpenetration auf den Heim- und Exportmärkten der alten Industrieländer (sog. passive Produktionsverlagerung). Zum andern wird dieser Prozess durch Direktinvestitionen multinationaler Gesellschaften aktiv gefördert. Ich verweise nur darauf, dass die Schweiz bereits heute einen zweiten industriellen Sektor im Ausland besitzt, der beschäftigungsmässig gegen 80% des Ur-schweizerischen ausmacht, oder dass die fünf grössten Industriefirmen im Schnitt sechsmal mehr Beschäftigte im Ausland aufweisen als in der Schweiz. Die Triebkräfte hinter dieser neuen Arbeitsteilung, der damit verbundenen Standortverlegung und Verschiebungen in der Wettbewerbsfähigkeit sind stark und vielgestaltig. Ich nenne stichwortartig:

- Der technologische Fortschritt bewirkt bei vielen «Hard-Ware»-Produktionsprozessen eine De-Qualifikation der Arbeitskräfte und ist erstmals leicht in unterentwickelte Gebiete verpflanzbar. Diese sind zudem von einer importsubstituierenden zu einer exportorientierten Strategie übergegangen.
- Die alten Industrieländer haben ihre möglichen Reservoirs von Industriearbeitern weitgehend ausgeschöpft. Arbeit wird bei uns immer knapper und teurer.
- Durch die Verknappung der Energieträger und Rohstoffe hat sich auch die internationale Machtverteilung zuungunsten der alten Industrieländer gewandelt.
- Die Produkte und ihre Herstellungsprozesse haben sich internationalisiert. Dies begünstigt die Aufspaltung langer Produktionsketten in weltweit fragmentierte Teilfertigungen, die Entstehung exportorientierter Industriebetriebe in Tieflohnländern und damit generell die multinationalen Gesellschaften.

2. Das Zeitalter der Dominanz der Industrie geht bei uns zu Ende

Wir stehen somit vor einer De-Industrialisierung, die gerade in der Schweiz im Gefolge der schweren Rezession und der unerbittlichen Redimensionierung den industriellen Sektor der Schweiz drastisch komprimiert hat. Aus der Sicht der 3-Sektoren-Theorie mag man begrüssen, dass die anomale industrielle Überexpansion der Nachkriegszeit auf der Basis von Fremdarbeitern nun endlich korrigiert wird. So simpel liegen die Dinge jedoch nicht; denn die angebliche Anomalie von gestern hat uns weitgehend den wirtschaftlichen Massenwohlstand gebracht, indem wir mit raschem Produktionswachstum bei gleichzeitig billigen Arbeitskräften und billigem Franken eine komfortable Position auf dem Weltmarkt aufzubauen vermochten. Zudem ist die allgemeine Lohnentwicklung der Produktivitätssteigerung dieser dynamischen und kompetitiven Unternehmungen gefolgt. Je mehr diese Branchen und Betriebe schrumpfen, desto grösser wird der inflatorische Lohndruck und desto schwerer die Last des öffentlichen Sektors.

Wenig Sorgen müssen wir uns um die Schweizer Multis mache, die schon lange den Weg der Internationalisierung der Produktion gegangen sind - und weiter gehen werden, weil sie müssen. Besondere Probleme wird es deshalb in jenem Segment der kleineren und mittleren Industriebetriebe geben, die exklusiv in der Schweiz produzieren und von hier aus exportieren. Die ohne nähere Analyse vermutete Gesundheit der in den 70er Jahren gestählten schweizerischen Industrie ist längst nicht überall gegeben. Die These, dass nur Marginalbetriebe verschwinden werden (und müssen), wird dann gefährlich, wenn die Strukturwandlungen immer mehr Branchen und Betriebe in jene Marginalzone abdrängen. Eine Illusion ist es auch zu glauben, der Dienstleistungssektor könnte all das problemlos auffangen. Soweit die Dienstleistungsexpansion den öffentlichen Sektor und den international abgeschirmten Bereich der persönlichen Dienstleistungen aufbläht, gehen davon sicher keine innovatorischen, produktivitätssteigernden Impulse aus: Nichts gegen Hundewäschereien, Bräunungsstudios, Nachtlokale, Sozialarbeiter, Töchterinstitute, Tante Emma-Läden oder Staatsbeamte! Sie sind vielleicht eine Notwendigkeit oder Quelle des Vergnügens; aber sicher sind sie nicht die Promotoren eines steigenden Wohlstands. Vielmehr sind sie die späten Früchte eines vorgängig durch technische Innovation, industrielle Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit erkämpften Lebensniveaus. Bleiben die kompetitiven und innovativen Dienstleistungen wie Banken und Versicherungen. Die Lösung können sie allein jedoch mit ihren etwa 4% der Beschäftigten nicht bringen. Es bleibt nur ein Weg: nämlich die Kombination von aktiver Produktionsverlegung durch Direktinvestition und andere Formen der Auslandsproduktion mit einer «Tertiärisierung» der Industrie selbst. Dies setzt aber eine gesunde Industrie mit entsprechendem Produktionsvolumen voraus. «Know-How» und «Cash-Flow» entstehen nicht im blauen Dunst einer Blaupausen-Gesellschaft aus lauter Labors und Büros, sondern aus einer Kombination von intelligenten Gütern mit diversen «Service-Komponenten», d.h. aus einem innovatorischen Multi-Pack von Leistungen.

3. Wir verzehren Substanz, ohne es zu merken bzw. ohne genügend dagegen zu unternehmen

Diese These lässt sich auf zwei Ebenen begründen: Zum ersten bezieht sie sich auf die Weltmarktposition, die wir uns durch vergangene Efforts - aber eben auch mit Hilfe eines billigen Frankens und Hunderttausender billiger Industriearbeitskräfte - aufgebaut haben. Das Exportwunder der vergangenen Jahre ist nicht nur durch die Flexibilität und Innovationskraft erklärbar, sondern eben auch dadurch, dass es leichter ist, alte Positionen zu halten als neue zu erringen. Diese Überlegung wird durch die Tatsache erhärtet, dass das Exportwunder zu einem erheblichen Teil durch den sog. «Einsatz der Reserven» alimentiert wurde. Die Finanzbuchhaltungen unserer Firmen ergeben aber gerade deshalb ein trügerisches Bild. Die notwendige Aufwertung der Aktien und die Auflösung stiller Reserven nehmen sich wie Substanzzuwächse aus. In Tat und Wahrheit signalisieren sie aber Substanzverzehr, indem mangelhafter Cash-Flow und nachhinkende Abschreibungen die Investitionsaktivitäten behindern und so den Produktionsapparat effektiv veralten und schrumpfen lassen.

4. Der Industrie droht die technische Überalterung und ein Verlust an Innovationsfähigkeit

Ein Grossteil unserer Betriebe wird früher oder später mit den Folgen des langen und tiefen Investitionslochs der 70er Jahre konfrontiert werden. Vielen Firmen droht eine unsichtbare Kapazitätsvernichtung durch technische Obsoleszenz. Jüngere und kleinere Unternehmungen sind davon mehr betroffen,

was wiederum des Innovationspotential der Zukunft schwächen kann. Paradoxerweise werden gerade dadurch auch zukünftige Engpässe für den Fall rascher Absatzsteigerungen vorprogrammiert, was rasch zu Kostenexplosionen und Marktanteilverlusten führen müsste. Die grossen und die Multis sind im Vorteil. Aber ihr Erfolg und ihre Strategie ist eben nicht ohne weiteres und in vielem überhaupt nicht applizierbar auf jenes Segment der Exportindustrie, das etwa ¾ der Exporte bestreitet und mehr als ¾ der Industriebeschäftigung in der Schweiz auf sich vereinigt.

5. Soziale und politische Widerstände erhöhen die Gefahr einer technologisch-innovatorischen Ermüdung

Diese These stützt sich auf den Umstand, dass die Sorge um die Sicherheit des Arbeitsplatzes immer stärker in den Vordergrund tritt. Wie immer in Zeiten verlangsamten Wachstums geht das Gespenst der technologischen Arbeitslosigkeit um: Das Wort von der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Maschinen und die These der Wegrationalisierung ganzer Berufsgruppen finden Gehör bei Betroffenen und Besorgten - und das sind sehr viele. Die Frage «chips or jobs» - ist falsch gestellt, weil sie voraussetzt, dass wir überhaupt eine Wahl hätten, auf die «chips» zu verzichten. Diese Möglichkeit haben wir wohl nur unter der irrealen Voraussetzung, dass wir bereit wären, die mit dem Verzicht auf Produktivitätsfortschritte einhergehenden Wohlstandseinbussen dankbar entgegenzunehmen. So verständlich die Angst vor der technologischen Freisetzung auch ist, so gefährlich sind ihre Auswirkungen in Form von Kündigungsschutz, der Verankerung eines Rechts auf Arbeit oder des Verzichts auf arbeitssparende Rationalisierung in Gesamtarbeitsverträgen!
Die strikte Ablehnung dieses Weges hat nichts mit Resignation vor der Technik oder gar der Höherbewertung des materiellen Fortschritts vor anderen Werten zu tun, wie viele Gutgläubige glauben oder glauben gemacht werden. Denn erstens ist auch der technische Fortschritt nicht unabhängig von den Bedürfnissen der Menschheit, und zweitens schafft nur ein realer Produktionsfortschritt die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für die Kompensation der Benachteiligten und die Umverteilung zugunsten der wirtschaftlich und sozial schwächeren Gesellschaftsglieder.

6. Das gesellschaftliche Image des Unternehmers ist am Verblassen, während seine soziale und politische Verantwortung steigt.

Diese These beruht darauf, dass der wirtschaftliche Fortschrit und die gesellschaftliche Entwicklung zwangsläufig zu diesem Auseinanderlaufen von normativer Autorität und sozialer Verantwortlichkeit des Unternehmers und Managers führen. Bedauerlicherweise beschränken sich die Wirtschaft und insbesondere ihre Verbände auf wehmütige Klagen über diesen Zustand oder moralisierende Sonntagspredigten über das freie Unternehmertum. Wenig hilfreich ist auch der instinktive, konservative Reflex vieler Unternehmer, im Stile Don Quijotes gegen alles Staatliche, Progressive und Unvertraute in den Krieg zu ziehen, dabei aber zu übersehen, dass die von ihnen selbst entfesselte ökonomisch-technische Dynamik eben auch eine sozio-politische Dynamik auslöst. Das Grundproblem liegt hier meines Erachtens vielleicht darin, dass sich die zeitliche Abfolge und die materielle Bedeutung dieser beiden Kategorien von Dynamik umgekehrt haben, d.h. dass wir nicht mehr darauf zählen können, Tempo und Richtung der Entwicklung unserer Gesellschaft einseitig und vorrangig durch die materiell-technische Evolution festzusetzen.

7. Die schweizerische Volkswirtschaft sieht sich mit zunehmenden Alterslasten konfrontiert

Das Phänomen der demographischen Überalterung wird den sozio-ökonomischen Strukturwandel der Zukunft stark prägen. Der kombinierte Effekt des Rückgangs des Pensionsalters und der Erhöhung des Bevölkerungsanteils im Rentenalter wird den Arbeitsmarkt und das System der sozialen Sicherung stark belasten. Die Stagnation des Bevölkerungswachstums und damit die Überalterung sind dabei nicht das eigentliche Problem. Aus ökologischer und wirtschaftlicher Langfristperspektive ist dieser Vorgang sogar erwünscht. Probleme entstehen somit auch hier aufgrund zu langsamer oder gar in die falsche Richtung weisender Anpassungen. Viele Probleme beruhen gerade hier auf der langen Erkenntnis- und Handlungsverzögerung; denn demographische Verschiebungen und vor allem ihre Folgen in Form von Fehlprognosen (z.B. 2. Säule) werden mit grosser Verspätung erkannt und entsprechend verdrängt. Bis gegen die neunziger Jahre wird sich direkt nichts Dramatisches ereignen. Umso wichtiger sind aber die vorbeugenden oder gegensteuernden Massnahmen im jetzigen Moment. Leider geschieht hier nichts: Im Gegenteil, die sozialpolitischen Pakkungen der zukünftigen Lastesel wachsen weiter, und die Einbahnstrassen der Verkürzung an Wochenarbeitszeit/Reduktion des Pensionsierungsalter stehen weiterhin im Vordergrund, obwohl es viel sinnvollere und flexiblere Herabsetzungsmöglichkeiten der Lebensarbeitszeit gäbe.

8. Die traditionelle Wohlstandssteigerung bringt geringere Zuwächse an Zufriedenheit und Lebensglück

Gemäss einer Umfrage des Tages-Anzeigers halten nur noch gerade 5% ein möglichst hohes Wachstum für erforderlich, um unsere sozialen Probleme zu lösen und unsere Stellung in der Welt zu behalten. 56% wollen langsames Wachstum, 10% Null-Wachstum und immerhin fast ein Viertel wünscht sich, dass die Wirtschaft schrumpft und wäre angeblich bereit, Einschränkungen auf sich zu nehmen, um sich wieder auf die wirklich wichtigen Dinge zu besinnen... (!) Diese Ansicht ist besonders bei Frauen, Linksgruppen und den untersten Einkommensgruppen verbreitet. Meines Erachtens bestätigen diese Zahlen die These von Fred Hirsch, dass das wirtschaftliche Wachstum die Erwartungen enttäuscht, indem eben gerade die individuelle Einkommenssteigerung nicht den letzlich anvisierten Aufstieg in höhere Positionen, in bessere Kreise, in exklusive Bildungsschichten oder auch nur exquisitere Lebensgenüsse bringt. All diese sogenannten positionalen Güter und Werte bleiben trotz allem Wachstum knapp, ja sie verknappen sich noch mehr und bewirken einen gefährlichen Teufelskreis von verzweifelten Anstrengungen zum Geldverdienen und stets erneuter Frustration über den positionalen Stillstand, wenn nicht gar Rückschritt. Sinnbild dieses Leerlaufs sind die Karawanen ferien- und sonnenhungriger Autofahrer, die jedes Jahr 500 km weiter reisen, einen Tag früher starten und ein paar hundert Franken mehr ausgeben, nur um immer und immer wieder festzustellen, dass alle andern auch schon am neuen Ort sind, alle andern auch früher aufgestanden sind und auch mehr Geld ausgeben - und gerade dadurch die gewünschte Exklusivität, Bequemlichkeit, Wertschätzung usw. im Eimer ist, bevor man sie geniessen konnte.
Diese sozialen Grenzen des Wachstums sind unseres Ermessens das grössere Problem als das der Energie, der Ökologie und andere von Grünen (und nicht mehr so grünen) heraufgespielten natürlichen Grenzen des Wachstums. Ob gerade die Benachteiligten und Minderbemittelten wirklich zum Verzicht bereit sind, wage ich zu bezweifeln. Es wäre auch höchst ungerecht. Nur, was bleibt den auch durch das Wachstum positional Frustrierten dann noch anderes übrig, als die Einkommen und Positionen derjenigen anzugreifen, die ihnen im Licht stehen. Der Rückzug der Fremdarbeiter und mehr noch die Unterbindung ihrer ständigen Neuzufuhr wird diese Positions- und Verteilungskonflikte mit Sicherheit vergrös-

sern, hat doch gerade die ausländische Basis der Einkommens- und Status-Pyramide den Schweizern aller Schichten - vor allem aber der unteren - Aufstiegschancen eröffnet, die in den 80er Jahren nicht mehr bestehen.

9. Die Zielsetzungen und Einstellungen werden durch eine Altersmentalität des Erhaltens und Bewahrens geprägt

In einer Welt mit den oben beschriebenen Problemen richten sich die Bemühungen vorab auf die Verteidigung von erreichten Positionen, auf die Konsolidierung sicherer Standplätze, wenn nicht gar auf die Zusicherung von Privilegien oder die Eroberung von Pfründen. Abnehmende Risikobereitschaft und Mobilität, Fixierung von Strukturen aller Art, Einfrierung gegebener Hierarchien, kurz und schlecht, mangelhafte Anpassungsfähigkeit und -willigkeit sind die Folgen: Die Volkswirtschaft vollzieht mentalitätsmässig den Pendelschwung von der Pionier- zur Rentnergesellschaft. Man baut auf das vorhandene in- und ausländische Vermögen, man hortet und akkumuliert selbst in der Pensionsphase weiter. Weil privat dazu nicht alle in der Lage sind, baut die Sozialpolitik versicherungsmathematische Potemkinsche Dörfer (volkswirtschaftliche Kapitaldeckung) und schliesst Generationenverträge ab, zu denen allerding nur die profitierenden Generationen etwas zu sagen haben. Die zukünftigen Jahrgänge dürfen ihre Solidarität dann durch «Zahlen» zum Ausdruck bringen. Obwohl wir nun wissen, dass die Vermögensbildung im Durchschnitt nach dem 65. Altersjahr weiter zunimmt und dass die Vermögensverteilung der Pensionierten zugleich ungleicher ist und das Durchschnittsvermögen ungleich grösser als bei der Aktivbevölkerung, geht die bisherige, mit der Gleichung «alt = arm» legitimierte Politik munter weiter. Den harten, aber notwendigen Fragen nach der Grenze zwischen Solidarität und Begehrlichkeit oder zwischen berechtigter Einkommenssicherung und ungerechten Privilegien werden wir wohl auf die Dauer nicht länger ausweichen können.

10. Die Grundprinzipien der Demokratie und der Marktwirtschaft weisen progressive Abnützungsschäden auf

Diese These ist gewissermassen das politische Spiegelbild der bisher skizzierten ökonomischen und sozialen Probleme. Exemplarisch für das Malaise sind für mich die parlamentarische Behandlung des Zeitgesetzes oder der Gurtentragepflicht. Beides sind untergeordnete Sachprobleme. Dass gerade hier in vollem Ernst die Gretchenfrage nach dem «Volkswillen» und der «individuellen» Freiheit gestellt wird, ist weit mehr als tragikomisch: Beängstigend oder bedrückend sind schon treffendere Umschreibungen. Nicht besser steht es im Bereich der marktwirtschaftlichen Ordnung, wo Interessen über Prinzipien hinweg brausen, dass sich letztere kaum mehr zu regenieren vermögen. Die selbst ernannten Hüter der Marktwirtschaft schweigen oder finden Ausreden, wenn z. B. die Milchpolitik mit der einzelbetrieblichen Kontingentierung der Produktion die letzte Stufe vor der Verstaatlichung erklimmt, wenn die Katellkommission mehr die Wettbewerbsbeschränkungen absegnet, wenn bescheidene Anläufe zur Einführung des Verursacher- oder Nutzniesserprinzips durch mächtige Interessengruppen im Keim erstickt werden oder wenn im Rahmen einer konzeptionslosen, kurzsichtigen Sparpolitik die Investitionen in die Zukunft tagespolitischen Opportunitätskriterien geopfert werden. Wie schrill dagegen die Töne, wenn ein höchst bescheidenes Impulsprogramm versuchen will, die Innovationskraft der Klein- und Mittelbetriebe zu fördern oder ein neuer Verfassungsentwurf für die Wirtschaftsordnung vorgelegt wird! Die Grundprinzipien und -regeln der Demokratie und der Marktwirtschaft können auf die Dauer nur durch ihren aktiven Gebrauch lebensfähig und glaubhaft bleiben. Dogmatische und beschwörende Verteidigungen von Demokratie und Markt sind somit kontraproduktiv.

Dasselbe gilt auch für das Schlagwort der Demokratisierung der Wirtschaft, obwohl nicht bestritten sei, dass die Konkurrenz nicht nur die Quelle von Freiheit und Fortschritt ist, sondern auch in Gier, Egoismus und Zerstörung von Solidarität degenerieren kann. Und trotzdem muss wohl die Demokratisierungsideologie im Prinzip als Missbilligung des Leistungsprinzips und damit letztlich als Angst vor der individuellen Freiheit und Verantwortung gesehen werden. Gerade die Arbeit im Lohnverhältnis ohne grossen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen kann nämlich für sehr viele Menschen befreiend und befriedigend sein, vor allem wenn ein angespannter Arbeitsmarkt dem Arbeitnehmer ständig echte Alternativen bietet, und der Einzelne eine Trennung von Arbeits- und Privatleben durchaus zu schätzen weiss. Das ist doch die entscheidende Asymetrie. So wie unser System heute funktioniert, ist es niemandem verwehrt, sein Arbeits- und Privatleben in einer Kooperative zu gestalten, dem Grossbetrieb den Rücken zu kehren oder eine eigene kleine Existenz aufzubauen. Im Gegenteil ist es gerade eine Marktwirtschaft, die hierzu eine Fülle von Möglichkeiten zur Gestaltung von Nischen für Aussenseiter aller Art bildet. Jegliche totalitären, politischen und kollektiven ökonomischen Systeme bieten keine analogen Freiräume.

So gesehen, ist auch das Berufsverbot ein totaler Fehlbegriff. Berufsvebote gibt es nur in kollektivierten Systemen, bei uns höchstens beim Staat. Oder wer hätte je den Tatbestand als Berufsvebot bezeichnet, wenn ein freischaffender Künstler nichts verkauft, weil seine Werke niemandem gefallen? Auch hier ist es doch der grosse Vorteil des Marktes, dass da die Leistung abgegolten wird und nicht die politischen Ansichten oder andere persönliche Merkmale des Leistungserbringers. Jegliche Formen der Diskriminierung und Unterdrückung bewirken Ineffizienz. Gerade deswegen öffnet der Markt Nischen für potentiell Diskriminierte, und auch hier wird nicht gesehen, dass die Umwandlungen dieser Nischen in ein Strukturprinzip für das Gesamtsystem der Intoleranz und Bevormundung Tür und Tor öffnet.

11. Die Institutionen der gesellschaftlichen Lenkung leiden an Gelenk-Arthrose

Dies ist die These der Bürokratisierung. Das Wachstum der Bürokratie erfolgt in den Randzonen der Demokratie und des Marktes, und sie nährt sich wie ein Schmarotzer an den ungeschützten Flanken beider. So wird die Demokratie zur bürokratischen Interessenorganisation und -aushandlung und der ehedem freie und offene Markt zum Tummelfeld bürokratischer Planung und Verwaltung. Bürokratien jeglicher Provenienz neigen dazu, sich miteinander zu verbinden und durch die Monopolisierung von Informationsbeschaffung, des Zugangs zu Spitzenpolitikern, der Expertenkommission und der Informationsverbreitung die Macht an sich zu reissen und primär zu bürokratie-internen Zwecken einzusetzen. Wiederum ist die schweizerische Agro-Bürokratie aus Staat, Politik und Verbänden ein besonders abschreckendes Beispiel. Analoge Symbiosen von Bundesämtern, Spitzenverbänden und Politikergruppierungen gibt es aber auch in der Sozialpolitik, dem Gewässerschutz, der Landesverteidigung usw. Dieses Wissen um die wahren Machtverhältnisse macht den nationalrätlichen Entscheid über das Zeitgesetz - einem seltenen Fall einer rein technischen Anpassung - zum Paradigma einer bittersten Farce; denn ausgerechnet hier, hier wo es den Bürokratien und Interessenorganisationen um nichts gehen kann, soll dem Volk eine leere Geste gegönnt werden.!

12. Wir leiden unter den Folgen von Politikversagen

Eine pluralistische, demokratische Wohlstandsgesellschaft kann nicht durch den Markt allein gesteuert wer-

den, sondern erfordert einen modernen Leistungs- und Sozialstaat, der die staatlichen Versorgungs-, Lenkungs- und Umverteilungsaufgaben wahrnimmt. Doch was kann eigentlich der Staat erreichen und warum versagt auch oder gerade er so oft?

Dazu ein paar Stichworte:

1. Selbst wenn es Massnahmen gäbe, die zur Überwindung des Marktversagens tauglich wären, bleibt die Frage, ob beim Staat genügend Informationen und Anreize gegeben sind, um die erforderlichen Massnahmen auch tatsächlich auszuführen.

2. Die Ursachen des Marktversagens, insbesondere der ungleiche Organisationsgrad der verschiedenen privaten Interessen werden sich auch im politischen Sektor wieder geltend machen, sehr oft sogar mit noch gesteigerter Wirksamkeit.

3. Wirksame Regierungsaktionen erfordern weit mehr als nur eine gesetzgeberische Aktivität. Die Gesetzgebung muss auch administriert, durchgesetzt und sehr oft laufend abgeändert oder fallweise angepasst werden. In all diesen Phasen des politischen Prozesses besteht die Möglichkeit, dass starke individuelle oder Gruppeninteressen die Absichten des Staates durchkreuzen.

Bis vor kurzem war das Vertrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft des Staates gross, die Ineffizienzen und Ungerechtigkeiten der Preissteuerung zu kompensieren bzw. zu vermeiden. Gerade die Ökonomen glauben ziemlich naiv an das Staatsmodell des weisen Philosophenkönigs, der das Gute will und das Richtige tut. In unserer Wirklichkeit ist aber gerade dies das Problem, nämlich zu bestimmen, was die Gemeinschaft überhaupt will und das Gewollte entsprechend durchzusetzen.

Jede Analyse des Politikversagens muss von der Frage ausgehen, wie die individuellen Präferenzen und Zielvorstellungen der Wähler, Konsumenten, Produzenten und Interessengruppen in Entscheidungen des Staates umgesetzt werden. Dies geschieht im sog. «Politischen Prozess». Eine extrem vereinfachte Darstellung dieses komplexen Prozesses geht davon aus, dass die Wünsche und Vorstellungen der einzelnen Wähler die Gesetzgebung durch Wahlen und Abstimmungen in Gang setzen oder die Gerichtsbarkeit zur Lösung von Konflikten aufrufen. Der nächste Schritt besteht in der Überführung legislativer und judikativer Entscheide in den administrativen Vollzug. Die Durchsetzung entsprechender Massnahmen bewirkt das gewünschte Verhalten der Adressaten dieser Politik. In allen Phasen können nun aber Pannen auftreten.

Legislatives Versagen

Wie im Markt ist auch hier der Weg von den Wünschen der Einzelnen zu den Zielen des Kollektivs steinig. Dabei geht es auch in der Politik um Transaktionskosten im Abstimmungs- und Aushandlungsprozess, d.h. um die Tatsache, dass auch bei der Ingangsetzung oder Bremsung von Gesetzen die einzelnen Wähler bzw. Verbände von ihrer individuellen Interessenposition aus handeln, sich aber zu Koalitionen zusammenschliessen sollten, um etwas zu erreichen. Wie bei den Transaktionen im Markt kann dies dazu führen, dass entweder zu viel oder zu wenig gesetzlich geregelt wird. (Vgl. z.B. die Sozialpolitik) oder einzelne Gruppen sich Privilegien zu Lasten der Allgemeinheit verschaffen können (z.B. Landwirtschaft).

Administratives Versagen

Das Phänomen, dass staatliche Überwachungsorgane mit der Zeit zu den wirkungsvollsten Interessenvertretern der eigentlich zu beaufsichtigenden privaten Wirtschaftsträger werden, ist häufig zu beobachten. Das staatliche Aufsichtsorgan benötigt nämlich Information, und diese erhält sie wiederum nur von den direkt Beteiligten. Diese haben aber ein vitales Interesse, die administrative Behörde in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ein krasses Beispiel ist etwa die Milchkontingentierung, die praktisch umfassend von einem privaten Verband dominiert wird.

Versagen der Gerichtsbarkeit

Ein Versagen der Gerichtsbarkeit kann dann auftreten, wenn bestimmte Gruppen zum vornherein von der Beanspruchung der dritten Gewalt ausgeschlossen sind oder weil sie sich in Folge von Unkenntnis der Rechtslage oder ihrer Rechtsansprüche selber davon ausschliessen. Noch häufiger wird wohl der Fall eintreten, dass die privaten Kosten der Beansprung der gerichtlichen Instanzen grösser sind als der erzielbare Nutzen. Dies ist wiederum dann zu erwarten, wenn der über ein Gerichtsurteil erzielbare Nutzen einer grossen Zahl von anderen Betroffenen zugute kommt, die selber nicht geklagt und deshalb keine Kosten auf sich genommen haben (z.B. Mieterschutz).

Vollzugsversagen

Selbst wenn bis zu diesem Entscheidungsknotenpunkt der politische Prozess fehlerfrei funktioniert, so ist immer noch nicht gewährleistet, dass die Entscheide tatsächlich in die Tat umgesetzt werden. Wir sprechen hier von sog. Implementationsfehlern. Die Hauptstossrichtung der auf Abwehr gerichteten politischen Handlungen der Interessengruppen setzt häufig gerade in dieser Implementationsphase an. Allzu oft bewirkt dies einen selektiven Vollzug, wenn nicht gar eine Blockierung desselben. Da gerade in der Schweiz die Verbände beim Vollzug stark eingeschaltet sind, haben diese hier besonders viel Spielraum (z.B. Milchkontingentierung). Nur wenn das Verhalten der Adressaten der Politik sich tatsächlich verändert - und zwar im beabsichtigten Sinne - kann von einem «Politiker folgen» gesprochen werden. Genau das aber ist sehr häufig nicht der Fall. Das Verhalten der Menschen richtet sich leider nicht nach den - hoffentlich - edlen Zielen der Gesetzgeber, Gerichte und Vollzugsbehörden. Jeder Ökonom könnte zahllose Fälle aufführen, wo die gute Absicht zu perversen Folgen führt, weil zwischen Absicht und Auswirkungen eben Menschen, und zwar handelnde Menschen, eingeschaltet sind (z.B. Kündigungsschutz und Schwangerschaftsurlaub für Frauen, Mindestlöhne). Der Staat und seine Politik sind somit ebenfalls als unvollkommene Lenker unseres Geschicks einzuschätzen. Naive Staatsgläubigkeit ist ebenso fehl am Platz wie eine pauschale Staatsverteufelung. Der Ruf nach dem Staat ist nicht immer berechtigt, wenn unsere Wirtschafts- oder Gesellschaftsordnung Fehlleistungen hervorbringt; denn vielleicht kann auch der Staat diese Fehler nicht beheben oder er produziert gar neue, die schlimmer sind als die ursprünglichen.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Unsere Volkswirtschaft hat gealtert und wird weiter altern, weil immer mehr junge, aufstrebende und expansive Wirtschaftsräume aktiv und schwungvoll in die Frühphasen der Industrialisierung im Rahmen einer neuen internationalen Arbeits- und Machtverteilung eintreten. Die weltwirtschaftliche Entwicklungsdynamik wird infolgedessen bezüglich Rhythmus und Richtung immer stärker und durch die jungen Industrienationen bestimmt. Die Produktions-, Handels- und Wohlfahrtsstrukturen werden sich langfristig grundlegend und im ganzen gesehen relativ zu unseren Ungunsten entwickeln - wie das letzlich zu unserem Altern gehört. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns nicht mehr weiter entwickeln können oder sollen. Im Gegenteil: Die Perspektive konfrontiert uns mit einem wachsenden Anpassungsbedarf, einem notwendigen Umdenken und der Suche nach einer unserer Situation angemessenen Wachstumsstrategie, die notwendigerweise vieldimensional sein und auf einen geordneten Rückzug der tra-

ditionellen, exportorientierten Industrie hinauslaufen wird. Diese hat man sich am besten als Transformation von Hardware-Produktion in «Know-How-Export» in Form von komplexen Leistungsbündeln und als Substitution von klassischem Export durch vielfältige Formen der Auslandsproduktion vorzustellen. Damit wird eine Verlagerung zwischen Handelsbilanz einerseits und Dienstleistungs- bzw. Kapitalertragsbilanz andererseits als Folge des steigenden Auslandsvermögens und der vermehrten Spezialisierung auf international fungiblen Dienstleistungen verbunden sein. Auch die alte Volkswirtschaft mit ihren aufgebrauchten industriellen Arbeitskraftreserven, mit ihren z.T. im Produktzyklus weit fortgeschrittenen und ausgereiften Standardprodukten und ihren neuen Standortnachteilen im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung hat so durchaus eine Chance, ihren Wohlstand und ihre Regenerationskraft zu erhalten.

Aber bei dieser auf Bewahrung und Erhaltung hin orientierten Zielsetzung liegen auch die zentralen Risikofaktoren der alternden Volkswirtschaft, die von Grossbritannien als ingesamt doch abschreckendes Beispiel vorexerziert werden. Ich meine die Abnahme von Flexibilität und Mobilität über das ganze Spektrum notwendiger Anpassungen und Umstellungen, den Hang zur konservativen Rekonstitution längst vergangener Zeiten oder zu illusionären Weltverbesserungen oder die ausweglose Verzahnung von Interessengruppen und Bürokratien in einem vieldimensionalen Verteilungs- und Positionskampf, bei dem es schliesslich nur Verlierer gibt. Gerade wer sich im Alter seine Fitness bewahren will, muss sich besonders konsequent regen und bewegen. Sonst laufen wir auch als Volkswirtschaft Gefahr, durch Zivilisationskrankheiten an bestimmten Körperteilen die Überlebensfähigkeit des Gesamtsystems aufs Spiel zu setzen.
Diese Gefahr wächst aus zwei Gründen: Einmal nimmt die Systemkomplexität zu, d.h. die Interdependenzen werden dichter, und fehlende Verknüpfungen bei der Analyse oder bei der Lenkung wirken sich immer gravierender aus. Zum zweiten sind es mehr soziale und politische Störungen, die in den Vordergrund treten, was den Wirkungsbereich der technologischen Lösungen stark einengt. Und gerade auf die haben wir in der Vergangenheit doch so stark gebaut. Heute vielleicht haben wir das umgekehrte Problem, nämlich dass technologische Lösungen zu negativ bewertet werden. Dies würde heissen, dass weniger gemacht wird als wünschbar und zugleich machbar wäre. Ob es sich hierbei nur um eine vorübergehende Gegenbewegung zur Machbarkeitseuphorie von gestern handelt oder um einen permanenten Machbarkeitsverlust im Sinne der Nicht-Ausschöpfung vorhandener Potentiale zur Förderung der gesellschaftlichen Partizipation, der ökonomischen Effizienz, der sozialen Integration und der institutionellen Reform, das ist wohl langfristig gesehen die grosse Frage.

Adresse des Verfassers: Prof. Dr. *Silvio Borner*, Institut für angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Basel, Leonhardsgraben 3, 4051 Basel

Der hier wiedergegebene Text entspricht nicht dem, der im «Schweizer Baublatt» (Nr. 35, 1980) und im Bulletin «Industrielles Bauen» (Nr. 110, 1980), herausgegeben von der SIA-Fachgruppe für industrielles Bauen (FIB), veröffentlicht worden ist. Beide Fassungen waren vom Autor nicht autorisiert.

Ökologische Krise und ökonomischer Prozess

Das Buch darf nicht mit den vielen Publikationen der jüngsten Zeit zum ergiebigen Thema Umwelt in eine Reihe gestellt werden. Die anspruchsvolle Abhandlung ist trotz oder wegen ihrer Nüchternehit und Sachlichkeit voller Engagement für eine Sache, die C. A. Uhlig sowohl als Wissenschafter wie als Mensch zu ergründen versucht: die anspruchsvolle Zukunft unserer Umwelt als Naturhaushalt in einem von Menschen zu bestimmenden ökonomischen System.
Das Buch fordert die Kenntnisse in Chemie, Physik und Biologie, vor allem aber die Bereitschaft und Fähigkeit zu vorbehaltlosem und ganzheitlichem Denken heraus. Der Horizont ist entsprechend weit, lässt aber jeden Leser, der sich durch die zum Teil unbekannten Fachsprachen durchbeisst, davon profitieren.
Die einzelnen Kapitel über die Grundlage der Ökonomie der natürlichen Haushalte, über die verschiedenen ökonomischen Systeme und deren Reaktionsfähigkeit auf ökologische Störgrösse sind ausserordentlich gut dokumentiert. Allein die Literaturangaben machen das Buch zum interssanten Nachschlagewerk.
Dem Leser wird zwingend vor Augen gehalten, dass er an der ökologischen Krise, aber auch an der Verdrängung von deren Ausmass und Folgen partizipiert. Diese Einsicht wird im letzten Kapitel verlangt, wenn es um die Thesen der «Bioeconomics» geht. Die Thesen beruhen auf der Kenntnis der gefährlichen, nur von Menschen verursachten Störungen der ökologischen Systeme und Prozesse. Diese Störungen finden als Manipulation des Energiehaushaltes, als Vergrösserung der sog. «biogeochemischen» Stoffkreisläufe infolge Einbringen naturfremder (anthropogener) Stoffe und als Erhöhung des Strahlenpegels täglich statt. Die Wirkungen dieser Störungen addieren und potenzieren sich und können auch durch kurzfristige Erfolge von aktuellen Umweltschutzmassnahmen nicht wegdiskutiert werden. Die thesen der «Bioeconomics» sind konkret und mit heutigen Mitteln realisierbar, sofern die Ökonomie und ihre Theorien neu formuliert werden. Die Thesen der «Bioeconomics» sind konkret und mit heutigen Mitteln realisierbar, sofern die Ökonomie und ihre Theorien neu formuliert werden. Wesentliches Element dieses Ansatzes ist nicht mehr und nicht weniger als die Unterordnung des Menschen und seiner sozio-kulturellen und ökonomischen Systeme unter die Gesetzmässigkeit der Natur.
Uhligs Kritik an der Schulökonomie und den darauf begründeten Umweltpolitiken geht davon aus, dass die Entscheidungen einer Ökonomie, die auf ökologisch irrationalem Eigentum auch an Umweltgütern gründet, nicht an der Logik des Naturzusammenhangs orientiert sind. Die blinden Versuche, die Natur zu beherrschen, entfremden den Menschen in Tat und Wahrheit immer mehr von ihr. Auf lange Sicht können die Bedrohnungen der natürlichen Umwelt nicht durch Schutzgesetze, Umweltvertärglichkeitsprüfungen oder ähnliche punktuelle Massnahmen sondern nur durch Umdenken und durch die Unterordnung des Menschen unter die Gesetze des Natursystems verhindert werden. *Alfred Stingelin, Adlikon*

* * *

C. Andreas Uhlig: «Ökologische Krise und ökonomischer Prozess». Ein Beitrag zur Ökonomie der Umwelt. Verlag Rüegger, Reihe Ökologie Band 1, Diessenhofen 1978, 346 Seiten, Fr. 28.–.